

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Detlev Schulz-Hendel, Miriam Staudte, Christian Meyer und Dragos Pancescu
(GRÜNE)

Bildete Rheinmetall in Unterlüß Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des türkischen Unternehmens BMC im Panzerbau weiter?

Anfrage der Abgeordneten Detlev Schulz-Hendel, Miriam Staudte, Christian Meyer und Dragos Pancescu (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 08.11.2019

In 2016 beteiligte Rheinmetall sich am Joint Venture RBSS von Rheinmetall und dem türkischen Unternehmen BMC, das geplant hat, eine Panzerfabrik in Karasu (Türkei) zu errichten. In dieser Fabrik sollte der Kampfpanzer Altay für das türkische Militär produziert werden. Mittlerweile soll Rheinmetall laut Aussage des Vorstandsvorsitzenden Papperger auf der Jahreshauptversammlung im Mai 2019 aus dem Joint Venture RBSS ausgestiegen sein.

1. Wie viele Fortbildungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des türkischen Unternehmens BMC haben im Rahmen des Joint Venture RBSS bei Rheinmetall in Unterlüß in den Jahren 2016 bis 2019 stattgefunden?
2. Wie bewertet die Landesregierung, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen mit Sitz außerhalb der Europäischen Union in sicherheitsrelevanten Bereich wie dem Panzerbau in Deutschland fortgebildet werden können, ohne dass die Bundesregierung zustimmen muss?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher unternommen, um die Nr. 4¹ des Forderungsteils des Entschließungsantrags „Keine Beteiligung niedersächsischer Unternehmen an Waffenexporten in Krisen- und Konfliktregionen: So leistet Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung“ in der Drucksache 18/1148 vom 21.06.2018 umzusetzen?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Nr. 4 des Forderungsteils des Entschließungsantrags „Keine Beteiligung niedersächsischer Unternehmen an Waffenexporten in Krisen- und Konfliktregionen: So leistet Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung“ in der Drucksache 18/1148 vom 21.06.2018 umzusetzen?

¹ Im Wortlaut: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, (...) einen verstärkten Dialog zwischen Politik, Gesellschaft und Unternehmen zu initiieren, um die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Rüstungsexportkontrolle unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und ethischer Aspekte fortzuentwickeln und dabei veränderten Konfliktdynamiken sowie der Fluchtursachenbekämpfung angemessen Rechnung zu tragen und“